

Änderungsantrag

der Fraktion Die Linke zum Antrag der Fraktion Die Linke

Gegen den Abbau sozialer Sicherung: Existenzbedrohende Grundsicherungsreform stoppen – Drs. 19/2967

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 19/2967 – wird wie folgt gefasst:

„Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene gegen die geplante Überführung des Bürgergeldes in eine neue Grundsicherung auszusprechen, im Bundesrat auf die Anrufung des Vermittlungsausschusses hinzuwirken sowie im weiteren Verfahren für die Einlegung eines Einspruchs gegen das Gesetz zu stimmen.

Insbesondere soll sich der Senat gegenüber der Bundesregierung sowie im Bundesrat dafür einsetzen, dass Regelungen, die das verfassungsrechtlich garantierte menschenwürdige Existenzminimum gefährden, existenzbedrohende Sanktionen ermöglichen, soziale Ausgrenzung verstärken und die Gefahr für Wohnungslosigkeit in Kauf nehmen, nicht beschlossen werden.“

Berlin, den 24.02.2026

Helm Schulze Schubert
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke